
FORUM: Gewerkschaften

Norbert Römer: Das eigene Haus in Ordnung bringen

Norbert Römer, geb. 1947 in Herne, ist Pressesprecher der IG Bergbau und Energie sowie Chefredakteur der IGBE-Zeitung „einheit“.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften sehen unruhigen Zeiten entgegen. Viel ist von außen auf sie eingestürmt, ohne daß die Gewerkschaften im Innern schon darauf vorbereitet gewesen wären. Zu den alten sind neue Probleme gekommen, deren Ausmaß noch gar nicht überall

erfaßt werden konnte. Das eigene Haus in Ordnung zu bringen, zu modernisieren, ist also wichtig, um die Herausforderungen zu bestehen. Ohne die Kraft der gewachsenen Erfahrungen würde das nur unzureichend gelingen können, ohne den Mut zur Gestaltung der Zukunft wäre ein Vorwärtkommen nur schwer möglich.

Auch jenseits der Beschlußlage Wege in die Unübersichtlichkeit einer Ungewissen Zukunft zu weisen, die viele mitzugehen bereit und imstande sind, gehört zur Führungsverantwortung in Gewerkschaften, die nicht im Dauerprotest erstarren wollen. Und Führungsverantwortung ist heute angesichts eines wachsenden modischen Ekels vor repräsentativen Demokratiestrukturen bei gleichzeitiger romantischer Verklärung plebiszitärer Entscheidungsformen dringend notwendig. Zur Führungsverantwortung gehört aber auch die Kraft zur Delegation von Verantwortung nach unten.

Moderne Gewerkschaften werden wohl daran gemessen werden, wie es ihnen gelingt, Formen zu entwickeln, die die Mitglieder möglichst direkt teilhaben lassen am Meinungs- und Willensbildungsprozeß. Daß die Vielfalt der Meinungen einmünden kann in konzentriertes Handeln, das ist der spannende Prozeß, der immer wieder neu organisiert und praktiziert werden muß, der aber ohne repräsentative Demokratiestrukturen nicht funktionieren kann. Führungsverantwortung und Führungskraft wachsen jedenfalls um so gedeihlicher, wenn sie in einem Organisationsboden wurzeln, der mit dem Selbstbewußtsein einer mitverantwortlich handelnden Funktionärs- und Mitgliedschaft gedüngt wird. Die Gewerkschaften müssen sich fit machen für die neue Lage. Die Lage hat sich radikal verändert.

Das letzte Jahrzehnt vor dem Beginn des 21. Jahrhunderts ist mit dramatischen politischen und gesellschaftlichen Umwälzungen in Europa eingeläutet worden. Ihre weltweiten Auswirkungen sind noch nicht mit allen Konsequenzen abzusehen. Nach mehr als vierzigjährigem bipolaren Stillstand ist die Welt dadurch in Fluß geraten, daß der sie ständig unter Spannung und in Atem gehaltene Ost-West-Gegensatz beseitigt worden ist.

Europa ist befreit von der Geißel der kommunistischen Regime, weil diese von ihren Völkern hinweggefegt worden sind. Die parlamentarische Demokratie entwickelt sich nach und nach dort, wo sie vorher als Ausdruck „konterrevolutionärer“ Entwicklungen brutal unterdrückt worden ist. Gleichzeitig flammen ethnische und nationalistische Konflikte auf und drohen zu Dauerbrennern zu werden. Also: Europa befindet sich in einem rasanten Wandel. Menschen, Völker und Staaten werden von ihm in einem nie gekannten Ausmaß erfaßt.

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen und Beziehungen innerhalb der Länder wie zwischen ihnen sind diesem Wandel ebenfalls ausgesetzt, seine Geschwindigkeit erscheint vielen Menschen atemberaubend. Den Wandel so zu gestalten, daß seine Dynamik zu größerer wirtschaftlicher Stabilität, zu mehr sozialer Gerechtigkeit und friedlicher Nachbarschaft führt, das

wird die Grundlage für dauerhafte Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in ganz Europa sein.

Deutschland ist diesem Wandel in einer besonderen Weise ausgesetzt, denn die Deutschen erfahren die Überwindung der europäischen Spaltung an sich selbst im eigenen Land und damit anders als andere, weil sie auf beiden Seiten von Mauer und Stacheldraht leben mußten. Im vereinten Deutschland ist nichts mehr, wie es mehr als 40 Jahre in der gelebten Gewohnheit einer anscheinend unüberwindlichen Teilung war. Erst nach und nach werden die Folgen der Zweistaatlichkeit bewußt. Heute werden sie aber vor allem als Belastung erfahren. Das schafft Unruhe. Zu viele Menschen in Westdeutschland fühlen sich inzwischen zu viel belastet, während sich gleichzeitig zu viele Menschen in Ostdeutschland hilflos allein gelassen fühlen. Aus der sozialen Schieflage bei der Lastenverteilung im Westen und ungenügender Arbeitsplatzperspektive im Osten wächst jedenfalls der Druck, der Land und Leute in hellen Aufruhr versetzen kann. Diese zunehmende Angst vor den Folgen der deutschen Einheit resultiert zwar vor allem aus tatsächlichem oder vermeintlichem politischen Versagen, sie kann aber die Gewerkschaften nicht gleichgültig lassen, weil sie auch ihre Mitglieder erfaßt und die gewerkschaftliche Organisation in den Grundfesten erschüttern könnte. Ob teilen wirklich verbindet, wird sich erst noch herausstellen müssen!

Es fällt offensichtlich schwerer als erwartet, gesamtdeutsch zu denken. Der DGB und seine Gewerkschaften sind nun einmal im geteilten Deutschland entstanden. So, wie sie sind und sich entwickelt haben, sind die Gewerkschaften auch Ergebnis der deutschen Teilung und damit Teil der Wirklichkeit in der Zweistaatlichkeit. Sie haben sich in der Vergangenheit vorrangig ihren Aufgaben im geteilten Land gestellt und diese nicht nur nach Auffassung ihrer Mitglieder mehr als zufriedenstellend erfüllt. Die Arbeits- und Lebensbedingungen für westdeutsche Arbeitnehmer sind auf international hohem und höchstem Niveau, die alte Bundesrepublik war Exportweltmeister und Hort des sozialen Friedens — es gibt keinen Zweifel: Unter dem Strich haben die deutschen Gewerkschaften gute Arbeit geleistet. Dennoch gibt es Schwächen, die sich in den 40 Jahren seit der DGB-Gründung angesammelt haben und die heute um so mehr drücken: Ein seit Jahren stagnierender Organisationsgrad, eine Mitgliederstruktur, die der Beschäftigtenstruktur der fünfziger Jahre weit näher kommt als der heutigen, eine Organisationsstruktur, deren Grundlagen 1949 festgelegt und die bis heute trotz des immensen Wandels in Wirtschaft und Gesellschaft nahezu unverändert geblieben ist, immer mehr kleine und kleinste Gewerkschaften ohne Wachstumschancen und nur noch ganz wenige große mit brachliegenden Wachstumschancen sind Stichworte für den Veränderungsbedarf. Es gibt ohne Zweifel Reformstau in den Gewerkschaften, zwischen ihnen und in ihrem Verhältnis zum DGB als Bund der Gewerkschaften. Die gewerkschaftliche Programmatik gehört wie die organisatorische Struktur auf den Prüfstand.

All dies selbstbewußt und selbstkritisch neu zu bestimmen, das wird die Aufgabe sein, wenn es jetzt daran geht, eine neue Standortbestimmung vorzunehmen. In diesen Diskussionsprozeß immer auch die eigene Vergangenheit einzubeziehen, ist gerade vor dem Hintergrund der historischen Zäsur in Deutschland und Europa unverzichtbar. Eine völlige Neubestimmung der gewerkschaftlichen Politik im vereinten Deutschland als Teil eines zusammenrückenden Europas ist angesagt.

Der DGB und seine Gewerkschaften müssen sich zu gesamtdeutschen Gewerkschaften entwickeln, ansonsten werden Komitees und Betriebsräteinitiativen in das Vakuum stoßen. Dabei werden die Gewerkschaften sich auch darüber Gewißheit verschaffen müssen, was sie zur Überwindung der deutschen und europäischen Spaltung beigetragen haben, was sie hätten tun können und/oder besser unterlassen sollen. Die Kenntnis der heutigen Entwicklung darf zwar den Blick auf die jeweiligen Zeitumstände nicht verstellen, in denen gewerkschaftliches Handeln oder Unterlassen passiert ist, aber die kritische Prüfung darf umgekehrt eben nicht mit dem Hinweis auf diese Zeitumstände abgetan oder gar verhindert werden. Nicht Schuldzuweisungen sind gefragt, sondern es gilt, Fehler zu erkennen und Versäumnisse aufzuhellen. Sich den Blick freizuhalten für die Unzulänglichkeiten auch in den eigenen Reihen, das werden die Gewerkschaften sich wohl selbst abverlangen müssen.

Es ist hohe Zeit, alte Zöpfe abzuschneiden und Ladenhüter auszuräumen. Sozialisierung, Vergesellschaftung, Investitionslenkung, Wirtschafts- und Sozialräte sind Stichworte, die mit modernen Gewerkschaften im modernen Europa nicht zusammenpassen. Das in Teilen der Gewerkschaften gestörte Verhältnis zur Mitbestimmung als moderne Form eines sozialpartnerschaftlichen Regelungsmodells für Interessenausgleich und Konfliktlösung in Ordnung zu bringen, ist unerlässlich.

Die großen Herausforderungen der gewerkschaftlichen Tagesarbeit als Grundlage für die organisatorische und programmatische Erneuerung zu nutzen und beides miteinander zu verbinden, bietet auch die Chance, die gewerkschaftliche Organisationsarbeit wieder mehr in das Blickfeld zu rücken und zum Kern der gesamten Reformdebatte zu machen. So wenig aufregend das klingt, so wenig faszinierend das sein mag, dennoch gilt: Die tägliche Kärnerarbeit der Funktionäre ist das Fundament, auf dem gewerkschaftliche Erfolge gebaut werden. Das Fundament droht brüchig zu werden. Kärnerarbeit ist immer weniger geschätzt. Die Einsicht in allen Gewerkschaften wieder zu festigen, daß ohne diese Kärnerarbeit kaum neue Mitglieder gewonnen werden, ist dringend geboten.

Nicht die großen Visionen von einer fernen schönen Zukunft haben die Gewerkschaften stark und erfolgreich gemacht, sondern der tägliche beharrliche Einsatz der vielen an vielen Stellen - in Betrieben und Verwaltungen ebenso wie in Gesellschaft und Politik - zur schrittweisen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen schafft das Vertrauen, auf das die Gewerk-

schaften lebensnotwendig angewiesen sind. Die Gewerkschaften brauchen insgesamt mehr Mitglieder, wenn sie schlagkräftiger werden wollen.

So manches Mal mit der CDU, öfter mit der SPD und nicht selten aus eigener Kraft haben die Gewerkschaften entscheidend mit dafür gesorgt, daß Wirtschaft und Gesellschaft in unserem Land ein stabiles Fundament einge-zogen worden ist, auf dem das gedeihlich wachsen konnte, was zu Recht „soziale Marktwirtschaft“ genannt wird. Auch wenn der Begriff nicht von ihnen stammt, mit Leben haben ihn gerade die Gewerkschaften gefüllt. Also: Nicht die Kritik am System der „sozialen Marktwirtschaft“ wird nach vorn führen, sondern die Kritik im System macht Veränderungsbedarf glaub-würdig und Weiterentwicklung möglich. Die ausdrückliche programmatische Anerkennung unserer gemischten Wirtschaftsordnung, dieser „sozialen Marktwirtschaft“, ist überfällig. Der Zusammenbruch des sich selbst so nennenden „real existierenden Sozialismus“ sollte das erleichtern. Es gibt keine Zeit für Tabus, weder im Inneren, noch nach außen.

In dieser halsbrecherischen Übergangsphase von einem Europa, das sich bis an die Zähne bewaffnet diesseits und jenseits des „eisernen Vorhangs“ feindlich gegenüberstand, über ein Europa, das unter einem dramatischen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen West-Ost-Gefälle leidet, zu einem friedlich vereinten Europa zu kommen, in dem die Menschen ihr Auskommen in ihrer angestammten Heimat haben, werden die deutschen Gewerkschaften ihrer Verantwortung am besten dadurch gerecht, daß sie kräftig mithelfen, zunächst und konzentriert die Probleme in Deutschland zu lösen. Denn je eher die Deutschen ihr eigenes Haus in Ordnung bringen, um so besser ist das für die europäische Siedlung, an der zügig weitergebaut werden muß.

Zwei große Aufgabenberge, die aus dem Problemgebirge herausragen, gilt es abzutragen: *Erstens* muß die staatliche Einheit Deutschlands auf ein stabiles wirtschaftliches und soziales Fundament gestellt werden. *Zweitens* muß der Industriestandort Deutschland im zusammenrückenden Europa gesichert werden. An beiden Zielen haben Arbeitnehmer und ihre Familien ein existen-zielles Interesse. Beides läßt sich nicht im politischen Konflikt lösen, sondern erfordert gemeinsames Handeln von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften.

Die Bereitschaft zur Kooperation trotz schmerzhafter politischer Nacken-schläge aufrechtzuerhalten und die anderen, vor allem Bundesregierung, Regierungsparteien und SPD-Opposition zu drängen, auch zu bedrängen, end-lich mehr gemeinsam zu handeln, das werden die Gewerkschaften nicht nur im eigenen Interesse tun müssen — es gibt niemanden anders, der das an ihrer Stelle tun würde und könnte. Aus der „neuen Qualität des Dialogs“ mit Wirt-schaft und Politik, wie Heinz-Werner Meyer das nach seiner Wahl in Hamburg begonnen hat, zu einer neuen Allianz der Problembewältigung zu kommen, darauf wird jetzt viel gewerkschaftliche Kraft konzentriert werden müssen. Der Bruch muß weg. Um ihn beiseite zu räumen, damit die Förderung endlich läuft, ist harte Bergmannsarbeit angesagt und Bergmannsglück vonnöten.